

Anlage 1

Resolution zur Ausrufung des Klimanotstandes in der Stadt Hennigsdorf

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Hennigsdorf

- a) ruft den Klimanotstand für die Stadt Hennigsdorf aus und erkennt damit an, dass die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen eine Aufgabe von höchster Priorität auch für die Kommune Hennigsdorf ist.
- b) erkennt, dass die bisherigen Maßnahmen und Planungen nicht ausreichen, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Dies gilt auch für das Klimaschutzkonzept des RWK OHV und das Klimaschutzrahmenkonzept der Stadt Hennigsdorf, welche dahingehend aktualisiert werden müssen.
- c) berücksichtigt ab sofort die Auswirkungen auf das Klima bei jeglichen Entscheidungen und bevorzugt Lösungen, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken. Hierzu wird für sämtliche politische Beschlussvorlagen ab Januar 2020 das Kästchen „Auswirkungen auf den Klimaschutz“ mit den Auswahlmöglichkeiten „Ja, positiv“, „Ja, negativ“ und „Nein“ verpflichtender Bestandteil. Wird die Frage mit „Ja, positiv“ oder „Ja, negativ“ beantwortet, wird die jeweilige Auswirkung in der Begründung dargestellt.
- d) fordert den Bürgermeister auf, der Stadtverordnetenversammlung und der Öffentlichkeit jährlich über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Reduktion der CO₂-Emissionen Bericht zu erstatten.
- e) fordert auch die städtischen Betriebe dazu auf, sich verstärkt mit ihren Möglichkeiten im Klimaschutz auseinanderzusetzen und der Stadtverordnetenversammlung dazu jeweils vor Jahresende Bericht zu erstatten und
- f) fordert auch andere Kommunen, die Bundesländer und die Bundesrepublik Deutschland auf, dem Konstanzer Vorbild zu folgen und den Klimanotstand auszurufen. Insbesondere macht sie Land und Bund darauf aufmerksam, dass ein vollständiges Einhalten der Klimaschutzziele auf kommunaler Ebene unter den derzeitigen Rahmenbedingungen noch nicht möglich ist. Erst ein vollständiger Abbau weiterhin bestehender Subventionen für fossile Energieträger, eine sozial gerecht ausgestaltete CO₂-Bepreisung, eine grundlegend veränderte Verkehrspolitik verbunden mit einer klimaschutzkonformen Förderung des sozialen Wohnungsbaus sowie eine klimaschutzkonforme Agrarpolitik würden hier das dringend benötigte Fundament legen.